

LISSABON STRATEGIE

1 Ausgangslage

Erarbeitet beim Sondertreffen des Europäischen Rates am 23. u. 24. März 2000 in Lissabon unter dem Titel „Beschäftigung, Wirtschaftsreformen und sozialer Zusammenhalt – für ein Europa der Innovation und des Wissens“. Demnach soll aus der EU bis zum Jahr 2010 der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt werden mit der Ausrichtung

- dauerhaftes Wirtschaftswachstum,
- mehr und bessere Arbeitsplätze,
- größerer sozialer Zusammenhalt,
- unter Berücksichtigung der Umweltqualität (Nachhaltigkeit).

Nach außen als Reaktion auf die Herausforderungen der Globalisierung und des technologischen Wandels konzipiert. Entsprang aber ohne Zweifel auch der Erkenntnis, dass die Nichtbeachtung von Eckdaten wie Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum zu erheblichen Problemen der Wirtschaftslage in der EU führten.

2. Ziele

- durchschnittliches wirtschaftliches Wachstum von etwa 3%
- Steigerung der EU-Beschäftigungsquote auf 70%, bei Frauen auf 60% und älteren Arbeitnehmern auf 50%
- F&E-Quote 3% des BIP, zwei Drittel davon Privatwirtschaft
- Anhebung des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters um fünf Jahre
- Förderung der Frauenerwerbstätigkeit durch ausreichende Kinderbetreuungs-einrichtungen für 90% der Kinder zwischen drei Jahren und Schulpflicht sowie für 33% der Kinder unter drei Jahren

- Anteil erneuerbarer Energiequellen am Strom von gemeinschaftsweit 22%; Referenzwert von 5,75% für den Einsatz von Biokraftstoffen zu Transportzwecken
- Halbierung der Zahl der 18-24jährigen die keine weiterführende Schule oder Berufsausbildung durchlaufen
- EIB-Innovations-Initiative 2010 mit einem vorläufigen Darlehensvolumen von 20 Mrd € in den Jahren 2003-2006 für F&E, Bildung sowie Informations- und Kommunikationstechnologien

Darüber hinaus eine große Zahl an Einzelmaßnahmen, u.a.:

- Liberalisierung u.a. der Energie-, Verkehrs-, Telekommunikations- und Postmärkte
- Integration der Finanzmärkte
- Große Infrastrukturprojekte im Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsbereich in Südosteuropa und insbesondere in den westlichen Balkanländern durch EIB und andere Finanzinstitutionen
- Investitionen in grundlegende Infrastrukturen etwa über PPP-Modelle
- Schaffung europäischer Technologie-Plattformen
- Umwandlung von Schwarzarbeit in reguläre Beschäftigungsverhältnisse
- Task-Force „Beschäftigung“

3. Umsetzung / Probleme

Sowohl die Kommission als auch der Rat propagieren seit 2000 zwar die „neue“ wirtschaftspolitische Ausrichtung unter dem Schlagwort „Lissabon Strategie“, setzen aber in Wirklichkeit nach wie vor auf „alte“ Konzepte, die sich im Wesentlichen einseitig in den bisherigen Stabilitätskriterien und im Ruf nach Deregulierung im Sinn von Privatisierung erschöpfen. Auch die EZB weist kaum die notwendige Flexibilität für die Lissabon Strategie auf, wenngleich auch die Zinspolitik isoliert kein Allheilmittel darstellt. Die Lissabon Strategie ist aber ohnehin kein „revolutionär“ neuer Ansatz der Wirtschaftspolitik sondern ein Bekenntnis zu einem „ausgewogenen“ makroökonomischen Policy-Mix.

Eines der Hauptprobleme der nachhaltigen Erreichung der genannten Ziele liegt in der Unvereinbarkeit von strikter Tabuisierung der Maastricht-Kriterien und konsequenter Verfolgung der Lissabon Strategie. Das bedeutet aber unter anderem, dass die Lissabon Strategie nicht kostenlos auf die öffentlichen Haushalte zukommt.

Vielfach wird unter die Lissabon Strategie nur mehr Liberalisierung im Sinne Privatisierung, einseitige Betrachtung sozialer Sicherungssysteme unter Finanzierungsgesichtspunkten (verknüpft mit Budgetrelevanz) sowie unbeschränkte „Marktfreiheit“ subsumiert. Ebenso wird oftmals auf europäischer wie nationalstaatlicher Ebene suggeriert, Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit entstünden durch das vollständig „deregulierte“ Spiel der Marktkräfte.

Eine ökonomisch wie sozial und umweltpolitisch nachhaltige Lissabon Strategie erfordert demgegenüber vielmehr verstärkte Investitionen in Humanressourcen, nachhaltige Produktion und Forschung, sowie eine geänderte Fokussierung der öffentlichen Finanzen, die in erster Linie beschäftigungs- und wachstumsorientiert einzusetzen sind. Dies bedeutet im Bereich der öffentlichen Ausgaben beispielsweise eine klare Trennung zwischen laufenden und investiven Budgetausgaben unter deutlicher Erhöhung der öffentlichen Investitionsquoten.

Im Zentrum muss im Gegensatz zum neoliberalen Ansatz die Beschäftigungspolitik stehen. Das erfordert höhere Investitionen in Qualifikation und Ausbildung sowie in Beschäftigungsanreize. Die oft zitierten Lohnnebenkostensenkungen etwa können in speziellen Segmenten des Arbeitsmarktes zwar sinnvoll sein, etwa bei älteren Arbeitnehmern. Generelle Verringerungen von Lohnnebenkosten produzieren jedoch vornehmlich Mitnahmeeffekte, vermindern die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen, stellen damit deren Finanzierbarkeit zusätzlich in Frage und laufen damit der zentralen Forderung der Lissabon Strategie nach Erhöhung des sozialen Zusammenhaltes entgegen.

In diesem Kontext müssen auch Liberalisierungen gesehen werden, die nicht als Selbstzweck betrachtet werden dürfen. Wer liberalisiert und dadurch auch idR Arbeitskräfte freisetzt, muss bereits vorher Strategien entwickelt haben, diese Arbeitskräfte auch im Arbeitsmarkt adäquat unterbringen zu können. Gerade auch hier zeigt sich die Notwendigkeit eines europaweit vernetzten Vorgehens.

Nachhaltiges Wachstum in Verbindung mit hohem sozialen Zusammenhalt wird aber auch nicht erreichbar sein ohne Relevierung von – auch intergenerativen – Verteilungsfragen. Die zentrale Anforderung an die Lissabon Strategie lautet hier: Verhinderung von Armut durch soziale Sicherung.

Eine europaweite Verschiebung der Steuerbelastungen von Arbeit zu Kapital ist unumgänglich, wobei sich auch in dieser Hinsicht die einseitige Forderung von Lohnnebenkostensenkungen ebenso disqualifiziert wie die Absicht von Senkungen etwa der Körperschaftssteuern. Dies bedingt auf europäischer Ebene allerdings eine dramatisch höhere Koordinierung im Steuerbereich, etwa eine echte europaweite Kapitalertragssteuer und eine Strategie zur antizyklischen Aktivierung von privatem Kapital. Der Europäische Rat in Barcelona 2002 hat z.B. empfohlen, im Fall von Steuersenkungen in den Mitgliedsländern die Steuerbelastung der Niedriglohnempfänger zu verringern.

Zugleich hat eine massive Verstärkung der Unterstützung des Rückgrates des Arbeitsmarktes, nämlich der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) zu erfolgen. Wenn beispielsweise neue Technologien angesprochen werden, wie Biotechnologie, Wasserstoff als Energieträger oder neue Kraftstoffe und Fahrzeugtechnologien, so hat die erforderliche stärkere Interaktion zwischen Industrie und Forschung und den Bereich der KMU zu betreffen und sich nicht auf große Industriekonzerne zu beschränken. Die öffentliche Aufgabe beschränkt sich hier keineswegs in der Erhöhung der Transparenz sondern hat – gerade auf europäischer Ebene – entsprechende KMU-Förderungsprogramme bereitzustellen. Gleichmaßen muss die Zugangsmöglichkeit von KMU zu Risikokapital gestärkt werden (in diesem Licht ist unter anderem auch Basel II zu sehen).

Vollbeschäftigung ist nicht allein durch Beschäftigungs- und Sozialpolitik erreichbar ist, wenn nicht eine antizyklisch ausgeformte Wachstumspolitik zugrunde liegt. Der bisherige „Wachstumspakt“ ist also zu reformieren, etwa im Hinblick auf eine geänderte Defizitbeurteilung im Lichte antizyklischer öffentlicher Ausgaben(und Einnahmen-)politik, vor allem im Investitionsbereich.

4. Forderungen an die Lissabon Strategie

- Höhere Investitionen in Qualifikation und Ausbildung
- Erarbeitung europaweiter Qualitätsstandards für Bildung und berufliche Befähigung
- Konsequente Programme für Minderqualifizierte, Langzeitarbeitslose und ältere ArbeitnehmerInnen
- Genaue Analyse der Verteilungswirkungen des makroökonomischen Policy Mix
- Verhinderung von Armut durch öffentliche soziale Sicherungssysteme
- Steigerung der öffentlichen Investitionsquoten
- Verschiebung der Steuerlast von Arbeit zu Kapital
- Trennung zwischen laufenden und investiven öffentlichen Ausgaben bei der Defizitbeurteilung
- Europaweiter Infrastrukturaktionsplan
- Förderung neuer Technologien sowohl im Bereich der Spitzentechnologie als auch der umsetzungsfähigen Technologien für KMU
- Europaweite Innovationsnetzwerke und Forschungskoooperativen
- Stärkung der KMU durch Abbau von Marktzutrittsbarrieren und verbessertem Zugang zu Kapitalmärkten
- Umweltschutz bzw. nachhaltiges Wirtschaften als ein Element der ökonomischen und sozialen Entwicklung
- Vereinfachung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften
- Quantifizierung von Zwischenzielen bis 2010